

Gestern im Rat

Vorsitz: Stefan Lacher (SP, Schaffhausen)

» Severin Brüngger (FDP) wurde als neuer Kantonsrat vereidigt.

» Der Kantonsrat stimmte der regierungsrätlichen Vorlage «**Mehr Transparenz – aber mit Augenmass**» mit 31 zu 24 Stimmen zu.

» Mit 30 zu 26 Stimmen hat sich das Parlament entschieden, der «**Umsetzungsiniziativa**» einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Er muss innert 18 Monaten ausgearbeitet werden.

» Das Postulat «**Axpo und EKS: Versorgung durch erneuerbare Produktion der Axpo**» von Urs Capaul wurde vom Rat mit 29 zu 24 Stimmen überwiesen.

SP-Fraktion sucht nach Offenem Brief das Gespräch

Die Reaktion der Lehrerinnen und Lehrer war geharnischt: In einem Offenen Brief an den Kantonsrat hatte eine Gruppe von Lehrpersonen aus Beringen ihren Unmut kundgetan. Sie forderten das Parlament auf, «endlich aus der Deckung hervorzukommen und konkret Stellung zu beziehen, ob und wie die Attraktivierung des Lehrberufs umgesetzt werden soll». In einer Stellungnahme kritisierte die SVP-EDU-Fraktion den Brief vergangene Woche (die SN berichteten).

Im Kantonsrat schlug Linda De Ventura (SP, Schaffhausen) gestern konziliantere Töne an. Sie drückte im Namen ihrer Fraktion Verständnis für die Lehrpersonen aus. Sie lobte zudem das Erziehungsdepartement, es packe nun Probleme an, die «schon Jahre vorher hätten angegangen werden müssen». De Ventura kündigte an, dass die SP-Fraktion mit dem Lehrerverein sowie einer Delegation von Beringer Lehrpersonen das Gespräch suchen möchte. «Ihre konkreten Ideen interessieren uns», sagte De Ventura. (dmu)

Sätze zur Situation

Matthias Freivogel, SP:

«Ich appelliere an den geballt versammelten gesunden Menschenverstand. Auch meinsgleichen geht er nicht völlig ab.»
Der Jurist, er ist bei Weitem nicht der einzige im Kantonsrat, zu Beginn seiner langen und durchaus komplexen Erklärung.

Iren Eichenberger, Grüne:

«Ist das Stück, das wir hier aufführen, eigentlich noch jugendfrei?»
Die Kantonsrätin befürchtet, dass die Politikverdrossenheit bei den Jungen wachse, wenn der Kantonsrat weiter so agiere.

Kurt Zubler, SP

«Es ist schockierend, dass Sie bei einem Volksentscheid von Pest und Cholera sprechen.»
Spricht zur Äusserung von Kantonsrat Christian Heydecker.

Raphaël Rohner:

«Politiker, bleib bei deinen Leisten.»
Der FDP-Kantonsrat brachte seinen Unmut mit dem abgewandelten Sprichwort zum Ausdruck.

Transparenz in der Politik: Volk muss erneut darüber abstimmen

Der Kantonsrat verabschiedet neue Transparenz-Bestimmungen, trotz bereits angenommener Volksinitiative.

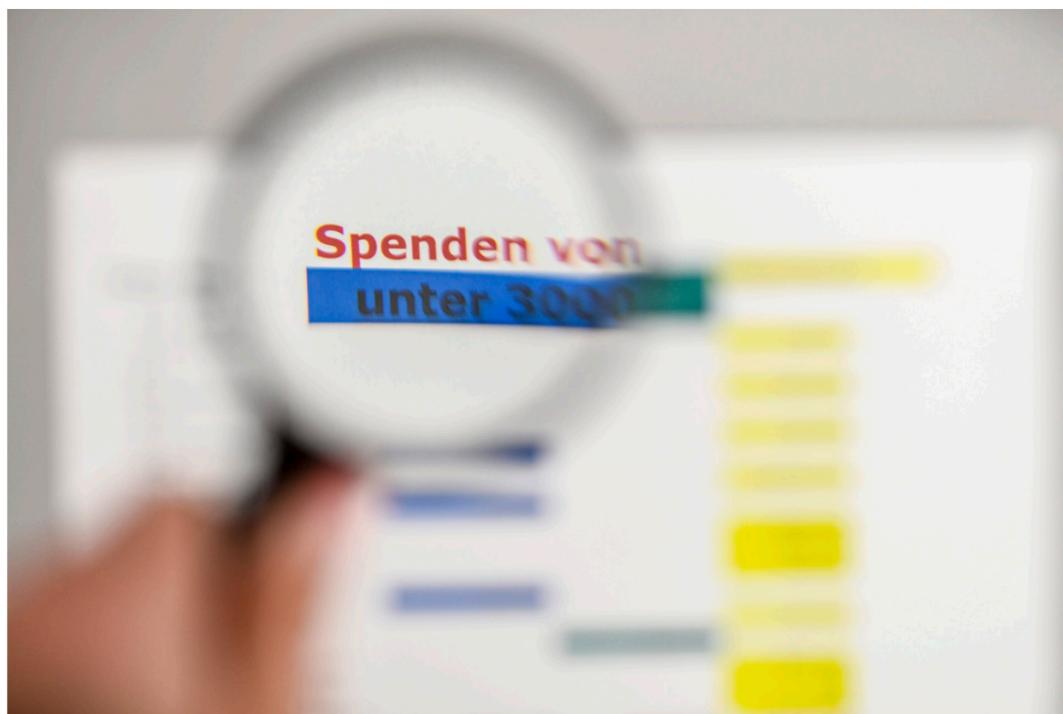
Fabienne Jacomet

SCHAFFHAUSEN. Sollen Parteien, Komitees und Lobbyorganisationen bei Wahl- oder Abstimmungskampagnen deren Finanzierung sowie Interessenbindungen offenlegen müssen? Ja, fand das Schaffhauser Stimmvolk und nahm im Februar 2020 die «Transparenzinitiative» mit 53,8 Prozent an. Die Umsetzung der Initiative erwies sich als schwierig, sie hätte eine Umsetzungsbestimmung gebraucht – diese wurde aber nicht erarbeitet. Denn nach der Annahme der Initiative reichte FDP-Kantonsrat Christian Heydecker die Motion «Mehr Transparenz, aber mit Augenmass» ein. Diese soll den angenommenen Artikel gleich ganz ersetzen. An der Kantonsratsitzung vom Montag stand diese Motion bereits zum zweiten Mal auf der Traktandenliste. Und war rasch behandelt: Der Umsetzung wurde mit 31 zu 24 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Das Volk muss nun voraussichtlich im März 2023 entscheiden, ob es die Bestimmung annehmen will.

Initiative ungültig bei Ja zur Motion

Damit war aber die politische Transparenz noch nicht vom Tisch. Denn die Juso hatte auf die Motion Heydecker mit der «Umsetzungsiniziativa» reagiert. Der Vorwurf: Die Regierung und die Bürgerlichen wollen die Initiative untergraben. Mit der «Umsetzungsiniziativa» kamen die Initiantinnen und Initianten den Kritikpunkten bei der «Transparenzinitiative» teilweise entgegen und schwächten die Bestimmungen ab. Beispielsweise sollen die Transparenzvorschriften nur noch in den fünf grössten Gemeinden gelten. Nun sollte im Kantonsrat entschieden werden, wie es damit weitergeht. Sollen die Motion Heydecker und die «Umsetzungsiniziativa» einander in einer Abstimmung gegenübergestellt werden oder wird separat darüber abgestimmt? Letzteres würde nur eintreten, wenn die Motion vom Volk abgelehnt würde. Im Falle einer Annahme würde der Regierungsrat beim Kantonsrat beantragen, die Initiative für ungültig zu erklären – aufgrund der Mehrheiten im Kantonsrat ein reales Szenario.

Einstimmig entschied sich der Kantonsrat für einen Gegenvorschlag zur «Umsetzungsiniziativa». Darüber, wie dieser aussehen sollte,



Der Kantonsrat beschäftigte sich erneut mit der Transparenz bei der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen.

BILD MELANIE DUCHENE

war man sich nicht so einig. Der Regierungsrat schlug vor, die Motion Heydecker der «Umsetzungsiniziativa» als Gegenvorschlag direkt gegenüberzustellen. «Aus demokratiepolitischer Sicht ist dies der beste Weg», sagte Regierungsratspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP). So könne das Volk entscheiden, welche Lösung es bevorzuge, hätte eine Vergleichsmöglichkeit.

Anders sah es Christian Heydecker und forderte «einen echten Gegenvorschlag», wie es die zuständige Spezialkommission vorschlug. «Sie haben doch nur Angst, dass sich das Volk für die Initiative entscheidet», antwortete Kurt Zubler (SP, Schaffhausen). Wenn doch die Motion so gut sei, wieso denn nicht «in die Hosen steigen» und einen Abstimmungskampf führen? «Sie wollen nicht in den Schlussgang gehen, sondern Schwingerkönig werden, ohne

«Das ist Meuchelmord an einer Initiative von jungen Menschen.»

Iren Eichenberger
Kantonsrätin Grüne,
Schaffhausen

aktiven Körperkontakt.» Heydecker wies den Vorwurf zurück. «Angst? Seit ich die Motion eingereicht habe, ist es die linke Seite, die in kollektive Schnappatmung verfallen ist.»

Die linke Seite sorgte sich um die Frage, inwiefern die Demokratie untergraben würde, sollte die «Umsetzungsiniziativa» nicht zur Abstimmung kommen. Iren Eichenberger (Grüne, Schaffhausen) drückte es so aus: «Das ist Meuchelmord an einer Initiative von jungen Menschen.» Der Kantonsrat verliere das Vertrauen der Bevölkerung, wenn er Volksentscheide nicht akzeptiere.

Zum Schluss entschied sich der Kantonsrat trotzdem mit 30 zu 26 Stimmen bei einer Enthaltung für einen neuen Gegenvorschlag. Dieser muss innert maximal 18 Monaten erarbeitet werden, wenn die Initiative nicht vorher für ungültig erklärt wird.

Beziehungsstatus zur Axpo: kompliziert

Axpo soll nicht frei wählen können, wem sie zu welchem Preis ihren Strom verkauft. Dieser Ansicht ist eine Mehrheit des Kantonsrats. Widerstände gab es aus der Mitte des Parteienspektrums.

Dario Muffler

Was die Parlamente anderer Kantone bereits erfasst hatte, kam am Montagvormittag auch in Schaffhausen an: die Debatte um die politische Einflussnahme und die strategische Ausrichtung des Schweizer Stromkonzerns Axpo. Schaffhausen ist einer der Gründerkantone und hält rund 8 Prozent der Aktien des Energieproduzenten. Nachdem Axpo beim Bund wegen eines Milliardenkredits angeklopft hatte, kamen Forderungen auf, die politische Mitsprache im Konzern besser zu verankern.

Nachdem in den Kantonen Aargau und Zürich entsprechende Vorstösse in den Parlamenten eingereicht worden waren, war dies auch in Schaffhausen der Fall. Gestern zog der Kantonsrat die

drei Postulate in der Traktandenliste weit nach vorne, um sie diskutieren zu können. Der Rat kam jedoch nicht über den ersten Vorstoss hinaus. Die Debatte wurde lange und kontrovers geführt.

Anreize und KMU im Fokus

In einem Postulat fordert Urs Capaul (parteilos, Schaffhausen), dass Axpo den selbst produzierten Strom direkt für die Versorgung der Endverbraucher einsetzen können solle. Und zwar zu Gesteuerungskosten, also den Kosten, die Axpo für die Energieerzeugung aufwendet. «Es war und ist zentral, dass Axpo eine zentrale Rolle in der Versorgungssicherheit der Schweiz leistet», sagte Capaul.

Unterstützung hatte Capaul aus unterschiedlichen Parteien erhalten. Seinen Vorstoss mitunterzeichnet haben Markus Müller (SVP, Löhningen) und Kurt Zubler (SP, Schaffhausen). Zubler sagte gestern: «Die Strompreise waren derart tief, dass niemand mehr in erneuerbare Energien investieren wollte.» Dies wolle man ändern und zudem KMU von den hohen Energiepreisen entlasten.

Relativ bald wehte dem Anliegen der drei Parlamentarier rauer Wind ent-

gegen. Baudirektor Martin Kessler (FDP) zeigte sich im Namen der Regierung zwar bereit, das Postulat – wie auch die anderen beiden, die erst daraufhin diskutiert werden sollten – entgegenzunehmen. «Es gibt einen gewissen Klärungsbedarf bei den Rollen», sagte Kessler. Deshalb sei die Axpo-Generaerversammlung auf den letztmöglichen Termin Ende März verschoben worden.

Städtische Bewohner aussen vor

Dass die Regierung das Postulat entgegennehmen will, habe den einfachen Grund, dass das Ergebnis schon klar sei, sagte Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen). Die Forderung sei nicht umsetzbar. Walter Hotz (SVP, Schaffhausen) pflichtete ihm als Einziger aus den Reihen der SVP bei: «Gefährlich wird es immer, wenn die Politik sich in den Markt einmischet.» Das Postulat gründe auf einem Denkfehler. Es gibt gleich mehrere kritische Punkte: Zum einen unterliege die Strombranche internationalen Gesetzen, die auch Axpo einhalten muss. Zum anderen gibt es diverse Konsequenzen und Probleme, wenn Axpo ihren Strom günstiger an Eigner abgibt als an

andere. Im Kanton Schaffhausen würde das sogar dazu führen, dass die Kunden von SH Power in der Stadt teurere Strompreise hätten als EKS-Kunden.

Raphaël Rohner (FDP, Schaffhausen) brachte ordnungspolitische Bedenken vor. In dieselbe Kerbe schlug Tim Bucher (GLP, Schaffhausen). Er sei überrascht, dass das Geschäftsmodell von Axpo über den Haufen geworfen werden soll. «Es hat in den vergangenen Jahren günstige Tarife und hohe Dividenden geliefert», sagte er. Er sei zu haben für einen Vorstoss, mit dem die Risiken von Axpo minimiert werden sollen, aber die vorliegenden Vorstösse seien politische Schnellschüsse. Wenn keine Gewinne gemacht werden könnten, würde auch niemand mehr investieren.

Schliesslich fiel der Entscheid denkbar knapp aus. 29 Ratsmitglieder stimmten für eine Überweisung, 24 dagegen, drei enthielten sich. Die Diskussion war damit aber noch nicht beendet. Zwei Postulate, die ähnlich gelagert sind, wollte der Kantonsrat eigentlich noch behandeln. Doch die Zeit reichte nicht, sodass das Thema im Dezember nochmals aufgenommen wird.